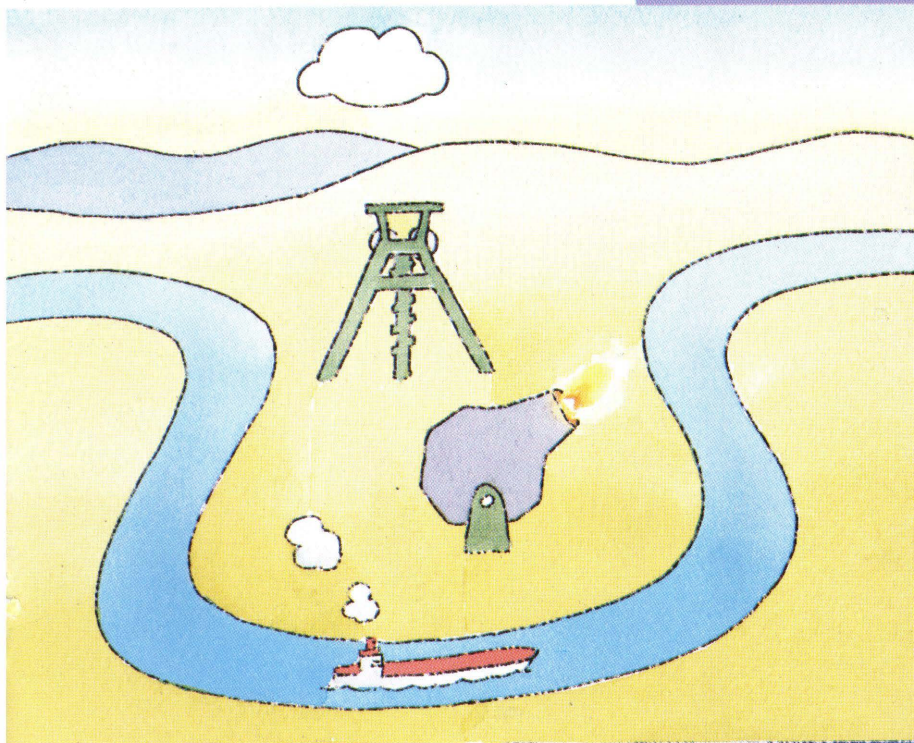




Das Saarland  
in der Europäischen Union



---

**Europäische Kommission**  
**Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland**  
**Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn**

Vertretung in Berlin,  
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,  
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der  
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –  
mit Quellenangabe gestattet

---





## Das Saarland in der Europäischen Union

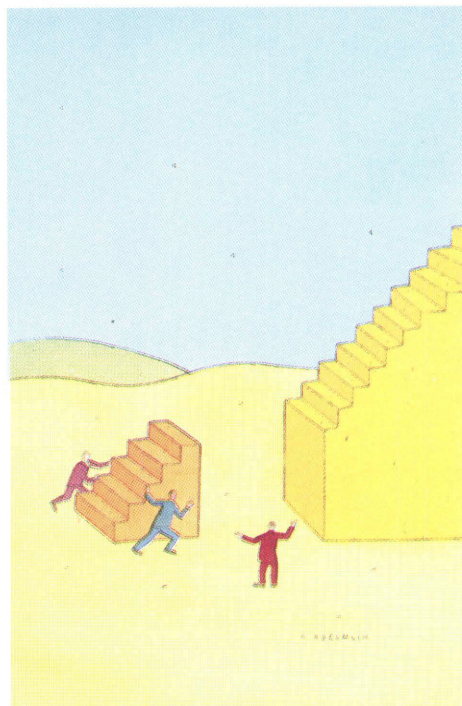
*„Die europäische Einigung befindet sich derzeit in einer schwierigen Situation. In Zeiten der Rezession haben die Menschen keinen Sinn für Visionen, sondern versuchen zunächst ihre Besitzstände zu sichern. Hat das Projekt Europa damit ausgedient? Ich meine nein. Wir müssen Europa wieder zum Leben erwecken in den Grenzregionen. Wir müssen die faszinierende Kopfgeburt Europa auf die Beine stellen und ihr in kleinen Schritten das Laufen beibringen. Die Kritik an einem Europa der Konzerne und der Bürokraten muß praktisch widerlegt werden. Natürlich brauchen wir einige zentrale Strukturen: Wir brauchen eine europäisch abgestimmte Industriepolitik, um der amerikanischen und japanischen Herausforderung zu begegnen. Wir brauchen die sektorale Integration zum Beispiel in der Stahlpolitik, weil nur so eine Öffnung der Märkte zu unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn zu leisten ist. Das Konzept offener Märkte kann nicht funktionieren, solange willkürlich Währungsparitäten manipuliert werden und unter Gestehungskosten angeboten wird. Die europäische Einigung kann nicht allein ökonomisch erzwungen werden. Der wirtschaftlichen und monetären Integration vorausgehen muß eine Verständigung über die außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Interessen Europas. Solange Europa nicht mit einer Stimme zu sprechen vermag, bleibt es ein vielstimmiger Chor gern überhört Einzelstaaten“.*

Oskar Lafontaine  
Ministerpräsident des Saarlandes



## DAS SAARLAND IN EUROPA

### Industrieller Wandel prägt die Region



**D**ichte Besiedlung, hoch entwickelte Industrie, 30 Prozent Waldfläche, 45 Prozent landwirtschaftliche Bodennutzung: Das Saarland kann sich „Industrieland im Grünen“ nennen.

Im Saarland ist nur ein geringer Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, während ein hoher Prozentsatz entweder in der Industrie (43 Prozent) oder im Dienstleistungsbereich (56 Prozent) arbeitet. Die wirtschaftlichen Strukturen sind vom Mittelstand geprägt.

Das Pro-Kopf-Einkommen liegt im Saarland zehn Prozent unter dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer, aber immer noch etwas über dem Mittel in der Europäischen Union. Wie andere Regionen Europas, besonders in Frankreich, Belgien und Großbritannien, hat das Saarland einen schwierigen Umstellungsprozess aufgrund der Kohle- und Stahlkrise hinter sich. Die Europäische Union hat das Saarland in dieser Übergangsphase unterstützt und mit ihrer Hilfe zahlreiche grenzüberschreitende Projekte ermöglicht.





Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU dem Saarland gebracht?“. Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilf-

### Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

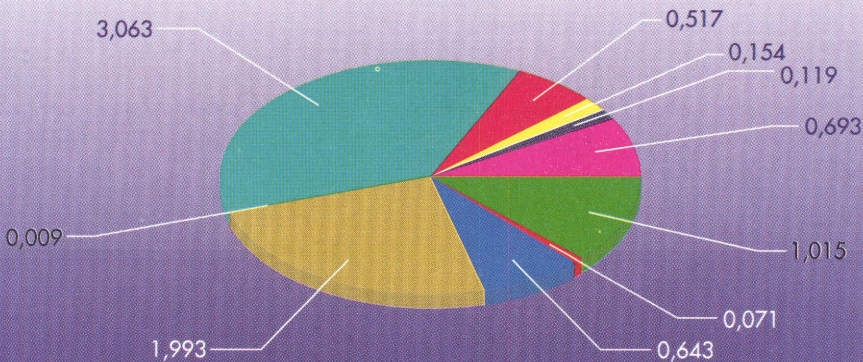
los ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

### Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

## Der Export des Saarlands in die EU

— 8,3 Milliarden DM: Das sind 71,1 Prozent des Gesamtexports —



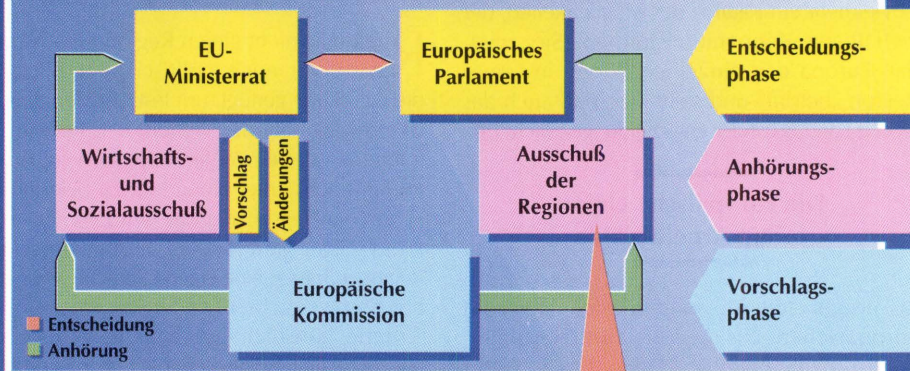
B/L
  DK
  GR
  E
  F
  IRL
  I
  NL
  P
  GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM



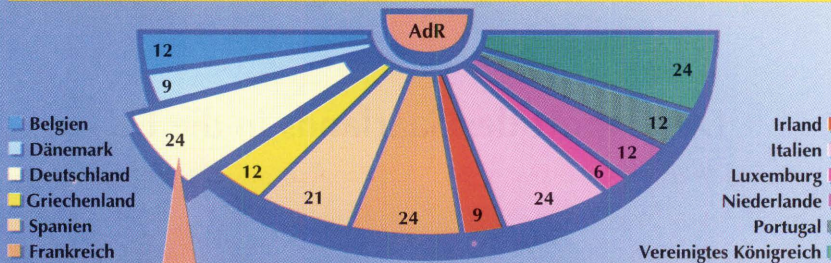
# Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



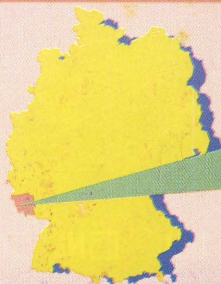
## Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Maßnahmen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Saarland benennt einen Vertreter



Oskar Lafontaine  
Ministerpräsident  
des Saarlands



## Das Saarland entscheidet mit

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem das Saarland seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige, im Grundgesetz verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung

## Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EGV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EGV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

## Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**  
Präsident der Deutschen Sektion  
des Rats der Gemeinden Europas  
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**  
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**  
Präsident des Niedersächsischen  
Städte- und Gemeindebundes  
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

# Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
<b>Europäische Union</b>	<b>100</b>	<b>10,4</b>	<b>Irland</b>	<b>72</b>	<b>18,4</b>
<b>Belgien</b>	<b>108</b>	<b>8,8</b>	<b>Italien</b>	<b>106</b>	<b>11,2</b>
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
<b>Dänemark</b>	<b>111</b>	<b>10,6</b>	Emilia-Romagna	132	4,7
<b>BR Deutschland</b>	<b>106</b>	<b>7,0</b>	Centro	110	7,9
Baden-			Lazio	121	11,0
Württemberg	130	4,1	Campania	73	22,8
Bayern	127	3,9	Abruzzi-Molise	91	13,1
Berlin	95	9,2	Sud	70	17,6
Brandenburg	36	12,0	Sicilia	70	23,1
Bremen	159	8,7	Sardegna	77	19,8
Hamburg	209	5,6	<b>Luxemburg</b>	<b>131</b>	<b>2,4</b>
Hessen	149	4,6	<b>Niederlande</b>	<b>104</b>	<b>8,2</b>
Mecklenburg-			Noord-Nederland	106	10,6
Vorpommern	33	14,1	Oost-Nederland	91	7,9
Niedersachsen	108	6,4	West-Nederland	111	7,9
Nordrhein-			Zuid-Nederland	100	8,0
Westfalen	115	6,6	<b>Portugal</b>	<b>60</b>	<b>4,9</b>
Rheinland-Pfalz	104	4,7	Continente	60	4,9
<b>Saarland</b>	<b>112</b>	<b>7,4</b>	Acores	-	4,6
Sachsen	33	11,5	Madeira	-	3,4
Sachsen-Anhalt	35	13,6	<b>Großbritannien</b>	<b>98</b>	<b>10,3</b>
Schleswig-Holstein	102	5,3	North	86	11,4
Thüringen	30	12,8	Yorkshire and		
<b>Griechenland</b>	<b>49</b>	<b>7,7</b>	Humberside	88	10,2
Voreia Ellada	46	6,3	East Midlands	94	9,0
Kentriki Ellada	48	7,2	East Anglia	99	8,4
Attiki	55	9,9	South East	117	10,5
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	South West	94	9,6
<b>Spanien</b>	<b>80</b>	<b>21,3</b>	West Midlands	89	10,9
Noroeste	66	17,8	North West	90	10,5
Noreste	92	18,6	Wales	83	9,7
Madrid	100	16,5	Scotland	94	10,1
Centro	65	21,0	Northern Ireland	74	15,0
Este	92	19,6			
Sur	64	29,7			
Canarias	79	26,7			
<b>Frankreich</b>	<b>115</b>	<b>10,3</b>			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord -					
Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements					
d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992





*Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.*

## Ausschuß der Regionen

**D**urch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für das Saarland ist dies Ministerpräsident Oskar Lafontaine). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Struktur-

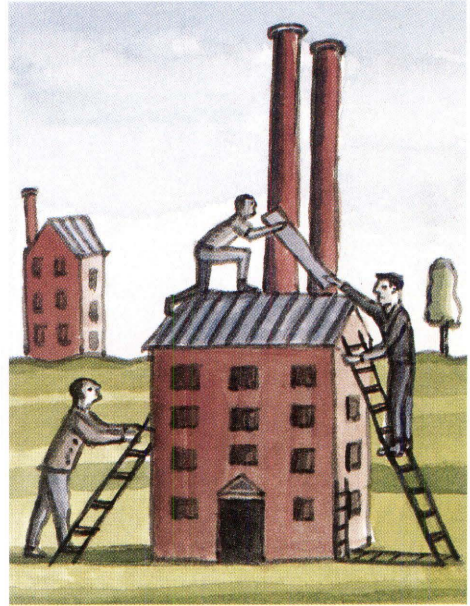
## Die Abgeordneten des Saarlands im Europäischen Parlament

**F**ür bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die saarländischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, das Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms KONVER europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



## DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch das Saarland erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen, Ile-de-France und Hamburg, sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

### Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).





Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

## ZIELE

### „Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

### „Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit. Auch Gebiete der Städte und Landkreise Neunkirchen, Saarbrücken und Saarlouis fallen unter diese Förderung.

### „Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

### „Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. 291,3 Millionen ECU stehen für Deutschland zwischen 1994 und 1999 bereit.

### „Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

### „Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit. Unterstützt werden im Saarland Gebiete folgender Kreise: Merzig-Wadern, Saar-Pfalz-Kreis und Sankt Wendel.





## Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozeß der EU-Strukturförderung

### Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

### Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.





## Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben im Saarland viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent der Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

## Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die saarländische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

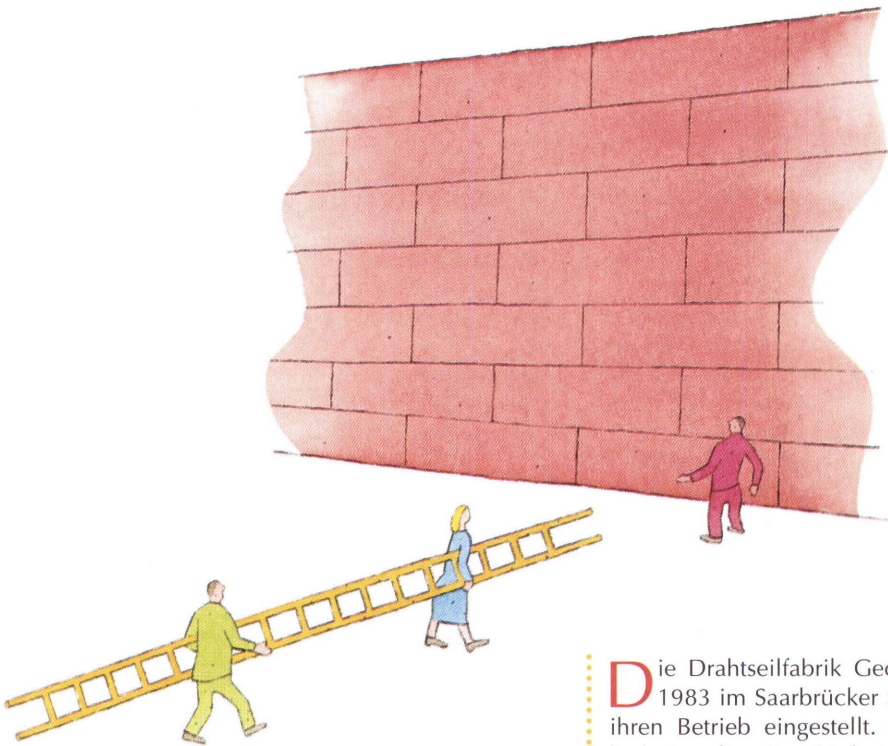
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.



# ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und das Saarland handeln bei vielen Projekten gemeinsam



Die Drahtseilfabrik Georg Heckel hatte 1983 im Saarbrücker Stadtteil Burbach ihren Betrieb eingestellt. Für Saarbrücken bedeutete dies einen Verlust von nahezu 1000 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig stellte sich die Frage, wie auf dem elf Hektar großen Industriegelände zukunftssichere Ersatzarbeitsplätze entstehen konnten. Die Umstrukturierung des Industriegeländes begann 1984 mit dem Kauf der elf Hektar durch die Stadt Saarbrücken. Konzipiert wurde das „Saarbrücker Innovations- und Technologiezentrum“ (SITZ). Mit Finanzierungshilfen der Europäischen Union siedelten sich dort 38 Betriebe an. Für die vorhandenen 11000 Quadratmeter Büro-





und Produktionsflächen werden langfristig über 1000 Arbeitsplätze angestrebt. Eindeutiger Branchenschwerpunkt ist die Softwareentwicklung. Daneben sind Betriebe vertreten, die sich auf Umweltechnologien, Lasertechnik und eine Vielzahl spezieller Beratungsleistungen im Bereich innovativer Technologien konzentriert haben. Das SITZ verfügt über ein Kommunikationszentrum mit Tagungsräumen, einem Videokonferenzraum und einem Casino, das allen Betrieben gleichermaßen offensteht.

---

## Regionale Entwicklung

---

Die Europäische Union förderte das SITZ mit rund fünf Millionen ECU, darunter fallen eine Million ECU aus dem EU-Programm RESIDER, das die Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren unterstützt. Insgesamt betragen die von der EU mitgetragenen Investitionen rund 15 Millionen ECU.

RESIDER-Mittel schufen auch in Neunkirchen auf dem Gelände des ehemaligen Eisenwerks Arbeitsplätze. In den Jahren 1978 bis Mitte 1982 war es zu einem radikalen Kapazitätsabbau der Stahlindustrie gekommen, bei dem von einstmals 9 600 Arbeitsplätzen nur noch 1 200 übrig blieben. Insgesamt förderte die Europäische Union die gemeinsamen Bemühungen von Bund, Land und der Stadt Neunkirchen den Strukturwandel mit rund neun Millionen ECU.

Zurückblickend läßt sich festhalten, daß von den 93 Hektar Industriebrachen zehn für eine Stadtkernerweiterung, 25 für neue Infrastrukturen und 40 Hektar für öffentliche Grünflächen revitalisiert wurden. Die öffentlichen Fördermittel initiierten private Investitionen, die sich bis heute auf 75 Millionen ECU belaufen. Dadurch entstanden 1 300 neue Arbeitsplätze. Im Landkreis Homburg wurden in einem Unternehmen für Elektroausrüstung mit Hilfe von EU-Geldern 300 neue Arbeitsplätze geschaffen.

---

## Landwirtschaft

---

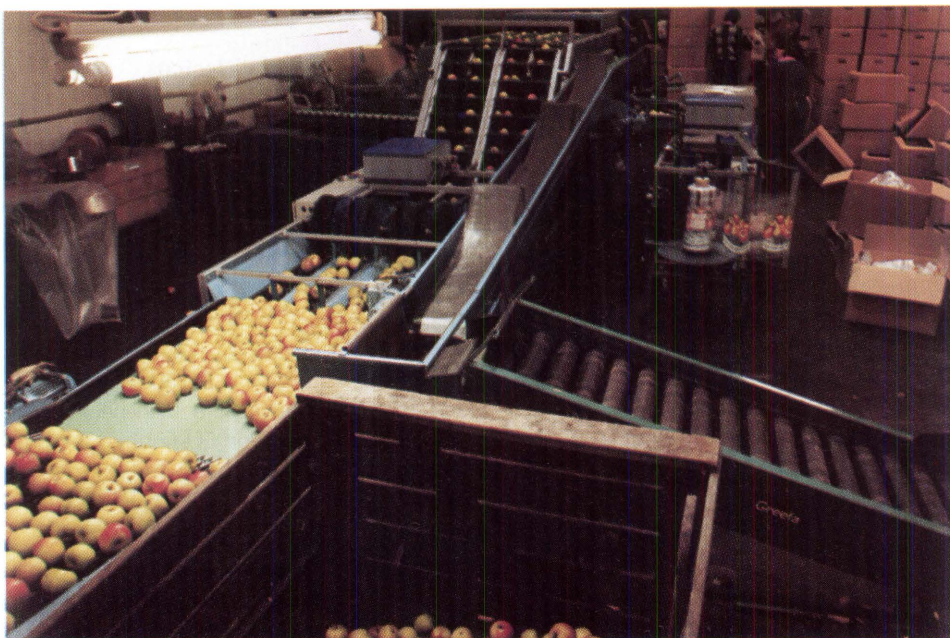
Das Saarland erhält von der Europäischen Union nicht nur Fördermittel für die Industrieentwicklung, sondern ebenso für Strukturwandlungsprozesse in der Landwirtschaft. Zwischen 1990 und 1992 flossen für die Verbesserung von Verarbeitungs- und Vermarktungsmethoden landwirtschaftlicher Produkte 775 Millionen ECU in diese Region. Jährlich erhielten im Schnitt 20 Landwirte EU-Hilfen zur Modernisierung ihrer Betriebe. 90 Jungbauern profitierten von EU-Fortbildungsprogrammen. 1 200 Betriebe mit besonders schwer zu bewirtschaftenden Flächen erhielten direkte Einkommenszuschüsse.

---

## Grenzüberschreitende Kooperationen

---

Mit Unterstützung der EU stellte das Saarland zusammen mit Luxemburg und der französischen Region Lorraine ein gemeinsames Kulturprojekt auf die Beine. Geplant sind drei Kulturrouten mit unterschiedlichen Themen. Dabei arbeiten private Träger mit wissenschaftlichen Instituten zusammen. Das Ergebnis soll in einer Broschüre vorgestellt werden. Die EU hat hierfür 46 000 ECU bereitgestellt.



*Die Europäische Union fördert den Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte.*

## Forschung und Entwicklung

**M**it fast fünf Millionen ECU hat die EU von 1987 bis 1992 im Saarland insgesamt 33 Gemeinschaftsprojekte mit 158 beteiligten Partnern in ganz Europa finanziert. Die meisten Kooperationen kamen mit britischen und französischen Partnerfirmen zustande, viele auch mit Unternehmen in Italien und den Niederlanden. Saarländische Projektteilnehmer aus dem Bereich Großindustrie sind Villeroy & Boch, aus dem universitären Bereich unter anderem das Europa-Institut der Universität des Saarlandes, aus dem Forschungsbereich das Institut für neue Materialien GmbH, die Fraunhofer-Gesellschaft sowie das saarländische Umweltministerium. Als kleine und mittelständische Unternehmen haben sich die Gesellschaft für Trenntechnik und die Saarberg-Interplan Uran an europäischen Forschungspartnerschaften beteiligt.

Innerhalb des AIM-Programms der Europäischen Union zur Erforschung neuer medizinischer Geräte ist im Saarland das Projekt SAMMIE angesiedelt. Die EU-Förderung beinhaltet die Programmierung von Computersoftware, die es Ärzten und Radiologen erleichtert, Aufnahmen des Gehirns auszuwerten. Das Programm liefert ein komplettes „Kartenwerk“ des menschlichen Gehirns und kann nicht nur für die Diagnose, sondern auch zu Lehrzwecken eingesetzt werden.

Die Werkzeug- und Maschinenbaufirma Huber & Bauer in Dillingen hat mit EU-Hilfe eine neuartige Anlage zum Innenhochdruckverformen entwickelt. Die Firma AutoSound AS Radio in Saarbrücken startete eine Projektentwicklung, bei der Glasfasern die Kabelstränge zwischen Autoradio, Lautsprechern und Funktelefon ersetzen. Musik und Sprache werden mit Lichtimpulsen störungsfrei übertragen. Die Firma OEM in Altenkessel hat mit Technologiefördermitteln ein automatisches System zum Kopieren und Beschriften von Disketten und anderen Speichermedien auf den Markt gebracht.





Die EU öffnet auch für Hochschulabsolventen einen grenzenlosen Arbeitsmarkt.

### Bildungs- und Ausbildungsprogramme

Mit Stipendien des ERASMUS-Programms können Studenten aller Fachrichtungen ihr Studium ein Jahr lang im europäischen Ausland fortsetzen. Im Studienjahr 1992/93 nahmen 362 saarländische Studierende diese Gelegenheit wahr. Im Gegenzug kamen zahlreiche Nachwuchsakademiker aus anderen EU-Mitgliedstaaten ins Saarland, um Erfahrungen an einer deutschen Universität zu sammeln.

Das EU-Programm „Jugend für Europa“ hat das Ziel, den Austausch europäischer Jugendlicher zwischen 15 und 25 Jahren zu fördern. In den Jahren 1989 bis 1992 gab es im Saarland fünf Projekte dieser Art, die mit 56 274 ECU bedacht worden sind.

Im Rahmen des Austauschprogramms PETRA für junge Arbeitnehmer erhielt ein saarländisches Unternehmen insgesamt 30 000 ECU von der Europäischen Union.

### Hochschulen denken über europäische Integration nach

Über die „Aktion Jean Monnet“ beteiligt sich die Europäische Union an Hochschulinitiativen, die das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema „Europäische Integration“ erweitern. In diesem Rahmen wurden an der Universität des Saarlandes Veranstaltungen im Fachbereich Geschichte (Prof. Hudemann) und Recht (Prof. Galvez) mit 19 000 ECU unterstützt.

Mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds werden im Saarland 18monatige Weiterbildungskurse zum Eurotelekommunikationsberater/in angeboten. Die Lehrinhalte umfassen unter anderem die Vermittlung allgemeiner Computer- und Softwarekenntnisse, den Umgang mit Datenbanken, Marketing und Fremdsprachenkenntnisse.



*Hochschulen denken über die europäische Integration nach.*

Die „Berufliche Qualifizierung von Frauen“ ist ein weiteres Ziel im Rahmen der ESF-Förderung. Im Saarland sind entsprechende Kurse seit 1986 im Angebot. Die Zielgruppe sind Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind, das heißt vor allem Frauen die nach längerer Zeit der Familienarbeit wieder erwerbstätig werden wollen. Die Projektteilnehmerinnen - bislang insgesamt 125 Frauen - sind überwiegend alleinerziehend, fast alle haben Kinder im schulpflichtigen Alter. 70 Prozent der Frauen sind ohne Berufsausbildung, mehr als die Hälfte bezieht Sozialhilfe.

1991 erhielt die Fernwärme-Verbund Saar einen Kredit der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 7,3 Millionen ECU. Im Jahr darauf wurde der Kredit um weitere 6,1 Millionen erhöht.

